IV. Jahrg. / Nr. 136 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Dienstag, den 22. März 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin S 14 Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10 — Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 16.50 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk.; bei einmaliger Zustellung einschließlich Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 5gespaltene, Konpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Gegen die Provokationen der Gegenrevolution

Arbeiter! Die mitteldeutschen Arbeiter stehen im Kampf gegen die Hörsing'sche Polizeiaktion. Überall da, wo die Sipo hingeschickt wird, um als willenloses Werkzeug der Regierung die Geschäfte der Reaktion zu verrichten, verweigern die Arbeiter ihre Arbeitskraft. Der Streik breitet sich unaufhaltsam aus.

Die Aktion gegen die mitteldeutschen Arbeiter ist der Anfang eines planmäßigen Feldzugs gegen die ganze deutsche Arbeiterschaft. Sie soll gefesselt werden, weil selbst die geringe Bewegungsfreiheit, die die Arbeiterklasse noch hat, eine Lebensgefahr für den verfallenden Kapitalismus bedeutet.

Hand in Hand mit der Aktion in Mitteldeutschland geht die Aktion gegen die Vorhut des Proletariats, die Kommunisten. Die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer, die die Arbeiter wehrlos den Maschinengewehren und Handgranaten preisgeben wollen, unterstützen durch eine wilde Kommunistenhetze diese Aktion.

Arbeiter! Zeigt euren Willen zum Kampf, eure Bereitschaft, dem bedrängten Proletariat Mitteldeutschlands beizustehen. Zeigt, daß ihr gewillt seid, die Aktion gegen die Kommunisten und den Verrat der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer zu durchkreuzen.

Die Demonstrationen, die wir gestern irrtümlich für Donnerstag ankündigten, finden schon heute Abend

Dienstag, den 22. März, 7 Uhr

statt. Protestiert in Scharen gegen die Provokationen durch die Gegenrevolution, gegen den Terror in Mitteldeutschland, gegen die Verhaftungen eurer Führer in folgenden Lokalen:

1. Neue Welt, Hasenheide
2. Aula, Weinmeisterstr. 16-17
3. Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee
4. Moabit, Klostergarten, Plötzensee (Am Spandauer Schiffahrtshafen)

Das mitteldeutsche Proletariat auf dem Posten

Die Leuna-Arbeiter kampfbereit

(Privattelegramm der „Roten Fahne")

Die Arbeiterschaft des Leunawerks nahm am Montag in einer von mehr als 10 000 Personen besuchten Belegschaftsversammlung Stellung zu dem Hörsingschen Erlaß und zur Besetzung Deutschlands durch Siponannschaften. Der Erlaß Hörsings wurde als eine nicht zu überbietende Gemeinheit gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft festgenagelt. Die Belegschaft des Leunawerkes erblickt in der Ueberflutung Mitteldeutschlands mit den Reserven der Konterrevolution eine unerhörte Provokation der Arbeiterschaft und eine neue Auflage des Kapp-Putsches. Die Belegschaft ist bereit, in Gemeinschaft mit der gesamten Arbeiterschaft Mitteldeutschlands sich mit allen Mitteln gegen die verkappte Knebelungsversuche zur Wehr zu setzen. Es wurde ein Aktionsausschuß gewählt, der beauftragt wurde, folgende Forderungen zu vertreten und alle notwendigen Maßnahmen hierzu einzuleiten.

Folgende Forderungen wurden gestellt:

1. Sofortige Zurückziehung der Sipo und der Militärbesetzung aus Mitteldeutschland.
2. Entwaffnung der Orgesch und ihrer Helfershelfer.
3. Bewaffnung der Arbeiterschaft zur Abwehr der konterrevolutionären Anschläge.
4. Bei Besetzung der Werke wird die Arbeit sofort eingestellt.

Aufruf der Leuna-Arbeiter

Die Konterrevolution rüstet weiter. Einwohnerwehren werden eingeteilt, Studenten und frühere Reichswehrtruppen eingekleidet, Truppenverschiebungen nach Mitteldeutschland finden statt. Ammendorf, Merseburg und andere Orte sind besetzt worden. In Halle wird die Sipo verstärkt. Staffetten laufen nachts durch die Straßen. Das Bild gleicht den Tagen vor Kriegsausbruch. Die Arbeiterschaft steht auf der Wacht und ist bereit, die Arbeit niederzulegen, falls auch nur ein Sipo-soldat die Betriebe betritt. Im Mansfelder Lande steht der größte Teil der Betriebe still. Der Streik dehnt sich von Stunde zu Stunde aus.

Neue Forderungen der Bergwerksarbeiter

(T.U.) Bochum, 21. März.

Gestern hat hier eine Konferenz der Bergwerksarbeiter stattgefunden, die beschlossen, um Einleitung neuer Verhandlungen in den Ueberschichten- und Lohnfragen zu ersuchen.

Der österreichische Kanzler bettelt weiter „mit Erfolg"

Der österreichische Bundeskanzler Mayr hat eine Bettelreise zu den Großen der Entente gemacht. Er hat „Erfolg" gehabt, genau wie sein Vorgänger, der „Marxist" Renner immer Erfolg gehabt hat: man wird Oesterreich noch nicht auspfänden. Der Bericht drückt sich so aus: „die vorläufige Sistierung des Generalpfandrechts von Seiten Englands, Frankreichs, Italiens bedeutet zwar einen Fortschritt", aber, ja das aber ist bitter: „aber es wird ,den Kreditgebern zugleich eine Kontrolle eingeräumt werden müssen, die zum Verlust der finanziellen Unabhängigkeit führen kann".

Die Erfolge des österreichischen Kanzler sind also, selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen, Mißerfolge. Für das Proletariat aber bedeutet das Beispiel Oesterreichs eine Warnung. Der Weg Renners, das ist der Weg Breitscheids, das ist der Weg der U.S.P. Wie auf Renner-Mayr folgte, so folgte auf Scheidemann-Haase Fehrenbach-Stinnes. Gehen sie den Weg Mayrs, so wird Deutschland dem Schicksal Oesterreichs verfallen, verelenden und zugrunde gehen. Gehen sie den Weg Renners und Mayrs nicht, so gerät Deutschland in kriegerische Konflikte mit der Entente.

Für das Proletariat gibt es nur einen Weg: seinen Weg, über die Bourgeoisregierung hinweg.

Klassenjustiz in der Tschecho-Slowakei

Brünn. Nach „Rovnost" wurden in den Bezirken Brünn und Iglau mehr als 1000 Kommunisten verhaftet. Hiervon wurden 600 in Haft behalten, bei denen die Dauer der Untersuchungshaft insgesamt 150 Jahre ausmacht. Das Strafausmaß beträgt für sie insgesamt 243 Jahre 19 Monate.

Der tägliche Heeresbericht

Blutige Ereignisse in Irland

(T.U.) London, 22. März.

Außer der Schlacht, die Sonnabend bei Bandes in der Grafschaft Cork stattfand, werden noch drei andere Zusammenstöße gemeldet. Die Königlichen Truppen verloren elf Tote und dreizehn Verwundete. Ein Soldat wird vermißt. Die Sinnfeiner verloren zwölf Tote, sieben Verwundete und sechs Gefangene.

Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und Polen

Warschau, den 21. März.

Der Friedensvertrag zwischen Polen und Rußland umfaßt 28 Artikel. Der Vertrag erkennt u. a. die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißruthenien an und bestimmt die Grenze zwischen diesen beiden Staaten und Polen.

Beide vertragschließenden Teile verpflichten sich, ihre Truppen innerhalb 14 Tagen aus den ihnen nicht zugesprochenen Gebieten zurückzuziehen. Das zwischen Litauen und Polen liegende Gebiet (Wilnagebiet) wird für eine Angelegenheit dieser beiden Staaten erklärt. Beide Teile verpflichten sich in die inneren Angelegenheiten des anderen nicht einzumischen, sich jeder Propaganda zu enthalten und eine bewaffnete Unternehmung gegen einen der beiden Staaten nicht zu unterstützen. Nach Artikel 8 verzichten beide Teile auf Zahlung von Kriegskosten und Entschädigungen. Artikel 13 behandelt die Zahlung der 80 Milliarden Goldrubel aus dem Goldschatz an Polen. Artikel 14 befaßt sich mit der Aufteilung bzw. Ablösung des Eisenbahnmaterials. Laut Artikel 15 verpflichten sich Rußland und die Ukraine zur Rückstellung der Guthaben, die polnische Untertanen in Geldinstituten hatten, die von Rußland abgelöst wurden. Der Zahlung der Polen gebührenden Teile des Staatsgutes des alten Rußland wird durch eine besondere gemischte Kommission geregelt. Nach Artikel 19 ist Polen zur Zahlung von Staatsschulden des ehemaligen russischen Reiches nicht verpflichtet. Der Vertrag sichert weiter Polen das Recht des meistbegünstigten Staates zu. Sechs Wochen nach Ratifikation des Friedensvertrages werden besondere Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Handels, die Errichtung von Konsularvertretungen und den Wiederbeginn des Post- und Eisenbahnverkehrs aufgenommen. Die Ratifikationsurkunden sind 45 Tage nach der Vertragsunterzeichnung in Minsk auszutauschen.

*

Der Vertrag kommt Polen in weitestem Maße entgegen und benachteiligt Sowjetrußland und Sowjetukraine. Und trotzdem ist Polen schon jetzt verloren, wenn es auch „noch nicht" verloren zu sein scheint: hört der Krieg gegen Sowjetrußland auf, so verliert Polen seinen Sinn als französisch-englisches Bollwerk und wird an sich selbst krepieren.

Der Kampf in Mitteldeutschland

Berlin, 22. März.

Zum dritten Male im Verlaufe der deutschen Revolution sind die Blicke der ganzen deutschen Arbeiterschaft auf den Regierungsbezirk Merseburg gerichtet, der heute neben dem Ruhrrevier das wichtigste Industriegebiet Deutschlands darstellt. Im März 1919 flammte im mitteldeutschen Generalstreik die Empörung der revolutionären Arbeiter gegen den blutigen Hohn der Weimarer Verfassungskomödie auf, im März 1920 beantwortete im Halleschen Bezirk die Arbeiterschaft den Kapp-Putsch durch eine geschlossen durchgeführte militärische Aktion, und im März 1921 nimmt sie als Vortrupp der gesamten deutschen Arbeiterschaft den Fehdehandschuh auf, den die Reaktion durch ihren Lakai Hörsing ihr hinwirft.

Gegenüber der Schlammflut von Lügen und Entstellungen, die auch diesmal wieder die öffentliche Meinung zur Schutztruppe der niederträchtigsten Gewalttaten machen sollen, sei nochmals festgestellt, daß die Ruhe und Sicherheit im mitteldeutschen Industriebezirk bis jetzt bei der Disziplin der dortigen Arbeiterschaft eine geradezu erstaunliche war. Es ist eine schmutzige Lüge, wenn behauptet wird, daß die Häufigkeit der Diebstähle und Gewalttaten dort das in andern Bezirken übliche Maß überschritt. Müssen doch selbst die — übrigens bei der Arbeiterschaft des Halleschen Bezirkes völlig einflußlosen — Rechtssozialisten der von Hörsings plumper Tatze betroffenen Gegenden zugeben, daß ihr Parteigenosse „die Gefahren an der Arbeitsstätte zu schwarz ansehe". Die Lügen, die jetzt über die „Unsicherheit" in Mitteldeutschland verbreitet werden, sind genau dieselben, mit denen General Märker im Frühjahr 1919 das Toben seiner Banden in denselben Gegenden rechtfertigte.

Die Mansfelder Bergarbeiter, deren Tatkraft die kapitalistischen Zeitfreiwilligen bei den schweren Kämpfen in Halle schmerzlich fühlen mußten, wurden zuerst durch die Hörsingsche Polizeiaktion auf den Plan gerufen. Sie sind nach Besetzung ihrer Werke — es handelt sich um die aus früheren Zeiten berüchtigte „Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft" und um die Braunkohlengruben der Riebeckschen Montanwerke bei Oberröblingen — und nach Ablauf eines Ultimatums auf Zurückziehung der Grünen in den Streik getreten. Für ihre Disziplin zeugt die Tatsache, daß sie noch die Notstandsarbeiten ausführen. Die bürgerliche Presse meldet, daß in Halle und im Leuna-Werk bei Merseburg, dem bekannten Riesenunternehmen der Stickstoffindustrie, noch voll gearbeitet würde. Sie zieht daraus den sehr lächerlichen Schluß, daß „die Streiklust" der Halleschen Arbeiter sehr gering sei. Das ist natürlich Unsinn. Alle Meldungen, die uns zugehen, lassen erkennen, daß die kampferprobte Hallesche Arbeiterschaft mit Ungeduld den Augenblick ersehnt, wo sie wieder Seite an Seite ihrer Mansfelder Brüder kämpfen kann. Hörsing wird dafür sorgen, daß dieser Augenblick nicht auf sich warten läßt.

Sozialdemokraten und Unabhängige behaupten, die Kommunisten seien zu nüchterner Betrachtung der Vorgänge in Mitteldeutschland nicht mehr fähig. Eine nüchterne Betrachtung der Hörsingschen Aktion und ihrer Beweggründe wird jedem noch unbefangenen Arbeiter zeigen, daß es in Mitteldeutschland um seine eigene Angelegenheiten, um seine Haut, um seine Zukunft geht. Von dieser Erkenntnis findet man aber bei den traurigen Spießgesellen der Reaktion, den mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führern nicht die Spur.

Der politische Sinn der neuen Noskeaktion ist klar: Der Regierungsbezirk Merseburg, durch seine Braunkohlen- und chemische Industrie sowie durch seine Kraftwerke heute Deutschlands zweitwichtigstes Industriegebiet, wird politisch von der Kommunistischen Partei entscheidend beeinflußt. Die alte, in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgebaute politische Organisation konnte hier nicht durch die Renegaten der S.P.D. und später der U.S.P. zu einem Schwert der Konterrevolution umgestaltet werden. Bei den Spaltungen von 1917 und 1920 waren es jedesmal nur kleine Führercliquen, die sich von der einheitlichen Proletariermasse trennten. So kam es, daß die weitverbreitete Arbeiterpresse und die Organisation des Halleschen Bezirkes heute eine der Hochburgen der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale darstellt. Schon mehrmals hat die Reaktion versucht, diese Burg zu besetzen und die Uneinigkeit, in der die Arbeiterschaft anderer Bezirke ihre Kräfte verzehrt, auch nach Mitteldeutschland zu verpflanzen. Das scheiterte jedesmal an der hohen Opferwilligkeit der Massen und an der zielbewußten Arbeit der kommunistischen Funktionäre. Jetzt wird ein neuer Versuch unternommen, der sich in der Hörsing-Aktion verkörpert. Wir haben Gründe genug, um sagen zu können: Die Reaktion und ihr Hampelmann Hörsing wollen nicht nur den Einzelstreik der provozierten Belegschaften, sie wollen auch vereinzelte militärische Gegenaktionen der Arbeiter. Die wollen sie